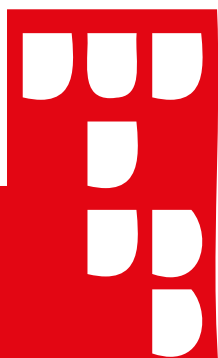


Gutes Leben

jetzt – vor Ort – für alle

PROGRAMM ZUR KREISTAGSWAHL 2018



DIE LINKE.

KREISVERBAND PINNEBERG

Inhaltsverzeichnis

Präambel	S. 3
Wohnen ist ein Menschenrecht	S. 4
Arbeit und Soziales	S. 5
Wirtschaft und Privatisierung	S. 7
Bildung für alle	S. 9
Ökologie und Nachhaltigkeit	S. 11
Infrastruktur und Verkehr	S. 13
Inklusion	S. 15
Integration	S. 16
Digitale Teilhabe	S. 17
Kommunale Haushalte	S. 19
Stärkung demokratischer Rechte und Prinzipien	S. 20
Gemeinsam können wir viel erreichen	S. 23

Präambel

DIE LINKE tritt im Kreis Pinneberg zur Kommunalwahl im Mai 2018 mit offenen Listen an. Auf diesen Listen kandidieren Parteimitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger, die die politischen Ziele der Partei DIE LINKE auf kommunalpolitischer Ebene mitverwirklichen wollen.

Wir wollen Politik machen mit allen linken, demokratisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Wir wollen Politik machen mit und für die Arbeitslosen und diejenigen, die ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.

Wir wollen Politik machen mit denen und für die, die nicht wissen, wie sie ihren Kindern das Mittagessen in der Schule bezahlen können.

Wir wollen Politik machen mit den und für die Rentnerinnen und Rentner die aufgrund zu geringer gesetzlicher Rente zunehmend von Armut im Alter bedroht sind.

Wir wollen Politik machen mit den und für die Arbeiter und Angestellten, deren Realeinkommen seit Jahren nicht gestiegen ist und die immer

mehr und länger arbeiten sollen.

Wir wollen Politik machen mit denen und für diejenigen, denen von Großkonzernen die Lebensgrundlage genommen wird: kleine, lokale Betriebe, Selbständige und Freiberufler.

Wir wollen Politik machen mit denen und für diejenigen, die sich Übergriffen und Ausgrenzung ausgesetzt sehen, wegen ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Weltanschauung, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität.

Wir wollen Politik machen mit denjenigen, die sich auf Demonstrationen, in Gremien, Verbänden und Vereinen, am Arbeitsplatz oder privat gegen völkischen Nationalismus, Rassismus und Neofaschismus engagieren.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Für gute und bezahlbare Wohnungen

Die Mieten im Kreis Pinneberg zählen zu den höchsten in ganz Schleswig-Holstein. Mit dem steigenden Wohnungsbau entstehen auch mehr Sozialwohnungen. Aber es gilt noch immer: Längst nicht jeder, der einen Anspruch hat, hat auch die Chance, eine zu bekommen.

Es bleibt die Herausforderung bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Für alle!

Daher fordert DIE LINKE:

- Neubau von Sozialwohnungen, vor allem in der Trägerschaft von Gemeinnützigen Genossenschaften mit einem hohen Anteil an Mitsprache und Entscheidungsbefugnis für die Bewohner

- Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

- Monopol an Mietwohnungen verhindern
Leerstand muss kontrolliert und ggf. sanktioniert werden

- mehr Bauland für Mietwohnungen und Bebauungspläne, die mindestens 30% der zu schaffenden Wohnfläche für Sozialwohnungen vorsehen



- Frauenhäuser benötigen mehr Wohnraum, damit Frauen langfristig ein selbstbestimmtes Leben führen können

- Menschenwürdige Unterkünfte für Wohnungslose

- Ankauf von Belegungsrechten und damit die Schaffung von „Sozialwohnungen auf Zeit“ eine Begrenzung der Umlage der Modernisierungskosten auf 5%

- Abschaffung der Straßenausbaumlage

- eine Haltefrist bei nicht selbstgenutztem Wohneigentum und die Abschaffung der Steuerfreiheit beim Wohnungsverkauf nach zehn Jahren.

Als Sofortmaßnahme fordert DIE LINKE die Anpassung der „Kosten der Unterkunft“ (KdU) an die Realität durch Aufstockung. Keine Zwangsumzüge für HARTZ IV-Empfängerinnen oder -Empfänger und Leistungsberechtigte, wenn der Vermieter die Miete erhöht.

Arbeit und Soziales

Arbeitslosigkeit bekämpfen, nicht die Arbeitslosen!

Im Februar diesen Jahres zählte die Arbeitsagentur für den Kreis Pinneberg knapp 12.000 Arbeitslose – wenn auch die „versteckten“, wie die über 58jährigen, die 1-Euro-Jobber oder die kurzfristig Erkrankten mitgezählt werden. Dem standen aber gerade mal wenig mehr als 2.500 gemeldete offene Stellen gegenüber. Angesichts dessen davon zu reden, „wer arbeiten will, finde auch Arbeit“ ist zynisch und Menschen verachtend.

Für faire Bedingungen bei Öffentlichen Aufträgen!

Wir begrüßen, dass die vorherige Landesregierung das im Jahr 2013 eingeführte Tarifreuegesetz beschlossen hat. Das war ein Schritt in die richtige Richtung. Die von der jetzigen Regierung geplanten Lockerungen der Dokumentationspflicht des Arbeitgebers lehnen wir entschieden ab.

DIE LINKE fordert, jetzt weitere Schritte zu tun. Insbesondere muss die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung eines armutsfesten Lohnes gebunden werden. Aktuell ist das ein Lohn von 12 €. Deshalb muss er auch für sogenannte „Hilfskräfte“ gelten. Und er muss entsprechend der durchschnittlichen tarifvertraglichen Steigerungen jährlich angepasst werden.

Das Land muss entstehende finanzielle Mehrbelastungen des Kreises und der Kommunen in voller Höhe erstatten.

Für die Abschaffung von Hartz IV!

DIE LINKE führt eine intensive Diskussion um ein emanzipierendes bedingungsloses Grundeinkommen. Jedenfalls fordern wir bereits jetzt eine sanktions- und repressionsfreie Mindestsicherung! Der politischen Auseinandersetzung zur Überwindung der Harz IV-Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene schließen wir uns kommunalpolitisch an. Wir unterstützen und starten Initiativen, die den betroffenen Menschen ein Stück weit ihre Würde zurückgeben. Als Mitträger der Jobcenter haben Kreis und Kommunen die Möglichkeit, Zwangsumzüge und Sanktionsmaßnahmen zu verhindern und ein Fortbildungswesen aufzubauen,



das diesen Namen verdient.

Wir fordern Kreis und Kommunen auf, den Einsatz so genannter „Sozialschnüffler“ zu unterlassen. Auch Hartz-IV-Empfänger stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes, auch ihre Menschenwürde ist „unantastbar“, auch ihre Wohnung „unverletzlich“.

Für gleiche Chancen aller Kinder!

Das stetige Anwachsen der Kinderarmut in Deutschland, als einer der reichsten Nationen der Welt, ist beschämend. Deutlich mehr Kinder als noch

vor fünf Jahren sind im Kreis Pinneberg von Hartz IV betroffen. Es ist ein Skandal, dass den Eltern zustehendes Kindergeld mit Hartz IV verrechnet wird. Die Ärmsten der Armen gehen so leer aus. Kostenfreie warme Mahlzeiten an Schulen und in Kitas würden dafür sorgen, dass alle Kinder ausreichend ernährt sind.

Auch die Integration dieser Kinder in Sportvereine, Kulturveranstaltungen und Freizeitangebote ist Aufgabe des Kreises und der Kommunen.

Für ein Alter in Würde!

Wir betrachten die Lebenserfahrungen der älteren Menschen als Bereicherung. Seniorinnen und Senioren sollen ihre Kompetenz und ihr Wissen aktiv in die Mitgestaltung der Gesellschaft einbringen können.

Es ist ein Skandal, sie der Altersarmut auszusetzen. Der solidarische Generationenvertrag muss vor einer ungerechten und unsozialen Politik geschützt werden.

Wir unterstützen Widerstand gegen jede Form von Altersdiskriminierung und stellen gesellschaftliche Verhältnisse in Frage, die ein menschenwürdiges Leben im Alter nicht gewährleisten.

Wir wollen eine Planung, die die Mischung der verschiedenen Altersgruppen in allen Wohngebieten gewährleistet. Wohngemeinschaften, betreute Wohngruppen, Alten- und Pflegeheime sind entsprechend zu planen. Wir wollen weder Altenghetos, noch seniorenfreie Zonen. Jeder Mensch hat, unabhängig vom Alter, im Wortsinn das Recht in der Mitte der Gesellschaft zu leben. Planung muss auf Senioren Rücksicht nehmen (Ampeln, verkehrsberuhigte Zonen, Grünanlagen, nahe Wege für den Einkauf und andere Erledigungen, ÖPNV usw.)

Fast alle Alten- und Pflegeheime im Kreis Pinneberg sind privat. Wir lehnen Profitstreben auf Kosten von älteren Menschen ab und wollen Altenheime in öffentliche Hand überführen. Kreis und Kommunen müssen ihre Möglichkeiten nutzen und Senioreneinrichtungen unter eine strenge Aufsicht stellen. Qualifikation, Ausbildung und Weiterbildung sind unabdingbare Kriterien für den Einsatz in der Alten- und Pflegehilfe.

Ältere Menschen sollen:

das Recht auf eine ihren Bedürfnissen entspre-

Für die Teilhabe aller am sozialen und kulturellen Leben!

Viele Bürgerinnen und Bürger, ob von Hartz IV betroffen oder nicht, ob Zuwanderer oder Asylsuchende, können es sich nicht leisten, am öffentlichen, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen. So unterscheidet sich die finanzielle Situation von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, von vielen Rentnerinnen und Rentnern, von Auszubildenden und Studierenden kaum von denen, die von Hartz IV betroffen sind. Ihnen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in den Städten und Gemeinden zu ermöglichen, ist die Pflicht einer sich sozial verstehenden Gesellschaft.

Wir wollen, dass keiner vom Leben in unseren Gemeinden und Städten ausgeschlossen wird. Man kann auch im Kreis Pinneberg und jeder Kommune Menschen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind, ermöglichen, günstiger ins Kino oder Theater zu gehen, Sport im Verein zu treiben oder anderweitig am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen.

chende Wohnung, auf Mieterschutz und im Bedarfsfall auf Angebote für betreutes Wohnen und Pflege haben und in ihrer Wohnumwelt sollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit erhalten bleiben;

Zugriff auf Weiterbildungskonzepte haben, die ihren Lern- und Bildungsbedürfnissen entsprechen und ältere Menschen gleichermaßen als Lernende und Lehrende akzeptieren;

ein Wohnumfeld mitgestalten können, das auch ihren kulturellen und sportlichen Interessen und ihrem Bedürfnis nach Kontakten entspricht; gleichberechtigten Zugang zu allen medizinischen Leistungen haben;

bei eintretender Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit ein bedarfs-, flächen- und qualitätsdeckendes Angebot an Informations- und Beratungsstellen, an Sozialstationen und Sozialdiensten vorfinden und eine kompetente Unterstützung und Assistenzleistungen zur Bewältigung des Alltags, zur Eigenverantwortung und in Krisensituationen materielle und soziale Ressourcen erhalten;

Politik im eigenen Interesse mitgestalten und ihre staatsbürgerlichen Rechte wahrnehmen können, z.B. durch die parlamentarische Ausweitung der Rechte der Seniorenbeiräte.

Wirtschaft und Privatisierung

Vorrangiges Ziel kommunaler Wirtschaftsförderung muss der Erhalt und die Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze sein. Nur Armut verhindernde Arbeitsverhältnisse führen zu einer Entlastung kommunaler Haushalte, verringern die Kosten für soziale Transferleistungen und sorgen zudem für eine Stärkung der Kaufkraft von Privathaushalten.

Städte und Gemeinden müssen handlungsfähig bleiben, deshalb fordert DIE LINKE, den Verkauf von öffentlichem Grund und Boden zu stoppen.

Für politische Gestaltung von Wirtschaftsförderung!

Im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung wollen wir durchsetzen, dass die Bereitstellung öffentlicher Gelder an Bedingungen geknüpft wird, die für die Allgemeinheit nützlich sind.

Dazu gehören die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, die tarifliche Bindung von Arbeitsstellen, die vertragliche Zusicherung, eine bestimmte Anzahl armutsfester Arbeitsplätze zu schaffen, die Frauenförderung und Garantien für die Einstellung von Behinderten.

Auch die Einhaltung bestimmter ökologischer Standards muss in Entscheidungen zur Wirtschaftsförderung vertraglich abgesichert werden.

Die Einhaltung der vertraglichen Bedingungen muss regelmäßig überprüft werden und Nichteinhaltung muss hohe Strafen nach sich ziehen.

Für die Stärkung kommunaler Betriebe – kein weiterer Ausverkauf der Öffentlichen Daseinsvorsorge

Privatisierung ist ein Irrweg, bei dem letztlich die Bürgerinnen und Bürger die Zeche durch höhere Abgaben und schlechtere Daseinsvorsorge zahlen. Dafür haben sie dann nicht einmal mehr ein Mitspracherecht, das durch die Kommunalparlamente ausgeübt wird. Auch die Überführung kommunaler Unternehmen in private Rechtsformen unterwirft diese betriebswirtschaftlichen Maßstäben und dem Diktat der Gewinnmaximierung. Häufig



dient dies nur dazu, diese Betriebe reif für die Übernahme durch private Investoren zu machen.

So hat zum Beispiel die seit 2009 vollzogene Privatisierung der Krankenhäuser im Kreis Pinneberg die Arbeitsbedingungen der dort Angestellten verschlechtert. Außerdem ist durch Schließungen von Stationen und Zusammenlegung von Kliniken die Gesundheitsversorgung für uns alle deutlich eingeschränkt worden.

Die Schließung des Altenpflegeheimes in Kummerfeld hat auf dramatische Weise gezeigt, dass der Kreis trotz seiner Beteiligung an den zum Sana-Konzern gehörenden Regio-Kliniken dem Gewinnstreben des Konzerns ohnmächtig gegenüber steht.

Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand! Profitstreben und Gewinnmaximierung haben hier nichts zu suchen. DIE LINKE fordert zudem, dass auch Träger von Einrichtungen der Daseinsvorsorge ihre Angestellten mindestens in Anlehnung an den TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) bezahlen.

Für die Berücksichtigung der besonderen Lage Helgolands

DIE LINKE setzt sich im Kreistag für die Interessen der Bewohner von Deutschlands einziger Hochinsel Helgoland ein. Um ein Leben auf der Insel ganzjährig attraktiv zu machen, müssen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, die unabhängig von der Tourismus-Saison bestehen. Auch muss ausrei-

chend Wohnraum für die Inselbewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung stehen.

Der Ausbau des Offshore-Bereichs sollte attraktive Arbeitsmöglichkeiten auf die Insel bringen. Für die ständig auf der Insel lebenden Menschen hat sich dies aber als Illusion erwiesen. Denn die großen Unternehmen bringen ihre Fachkräfte, die nur zeitweise auf der Insel leben, mit. Für die Helgoländer fehlen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, um die neuen Chancen nutzen zu können.

Für die Insel bringen die neuen Unternehmen einen beachtlichen Zuwachs an Gewerbesteuern, für die es bisher an umsichtigen Konzepten zur Entwicklung der Insel fehlt. Hier liegt eine der großen Aufgaben für die Inselpolitik. Es gilt die Balance zu halten zwischen neuen Projekten und dem Erhalt der Schönheit der Insel. Der Naturschutz darf nicht wie bisher zu kurz kommen und eine weitere Zupflasterung der Insel mit neuen Bauprojekten ist unbedingt zu verhindern.

Von der Offshore gewonnenen Energie profitieren die Inselbewohner nicht. Das örtliche Kraftwerk

kann die hohe Leistung von fünf MW pro Windrad nicht verarbeiten. Es sollte geprüft werden, ob eine Einspeisung von gut einem MW möglich wäre. Die von der Insel profitierenden Energieunternehmen müssen veranlasst werden, eine kostengünstige Nutzung der Energie für die Insel anzubieten. Auf keinen Fall darf die Landverbindung zur Düne wieder angedacht werden. Dieses Vorhaben bedeutet 20 bis 30 Jahre Bautätigkeit mit dem Endziel eines „Klein-Dubai“. Das Naturerlebnis Düne ginge verloren. Ein Bürgerentscheid hat seinerzeit dieses Vorhaben abgelehnt, und so soll es auch bleiben.

DIE LINKE setzt sich ein für verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten auf der Hochseeinsel. Ein Abitur auf Helgoland soll möglich sein, die vorhandene Schule soll eine Gemeinschaftsschule mit kostenloser Nachmittagsbetreuung werden. Im Tourismus sollen neue Wege gegangen werden: Helgoland ist nicht nur wegen des zoll- und mehrwertsteuerfreien Einkaufens eine Reise wert. Auch die besondere Geschichte der Insel soll den Besucherinnen und Besuchern durch eine Ausweitung der Museumsarbeit und der Bunkerführungen näher gebracht werden.

Bildung für alle

Für eine Schule für alle

Wir treten für die Idee des „gemeinsamen Lernens“ ein. Daher unterstützen wir die Einführung von Gemeinschaftsschulen bei Aufhebung des gegliederten Schulsystems. Aber Gemeinschaftsschulen, an denen kein Abitur erworben werden kann, sind ein Etikettenschwindel.

Gemeinsames Lernen bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler individuell und differenziert gefördert werden. Dafür müssen in Gemeinschaftsschulen ausreichend Lehrer und Lehrerinnen, aber auch sozialpädagogisches und schulpsychologisches Personal vorhanden sein.

Gemeinsames Lernen heißt für uns auch, behinderte und nicht behinderte Kinder in Inklusionsklassen zusammenzuführen und gemeinsam zu unterrichten. Alle Schulen müssen deshalb behindertengerecht ausgebaut und ausgestattet sein. Zudem müssen in den Inklusionsklassen auch Lehrerinnen und Lehrer mit sonderschulpädagogischer Ausbildung unterrichten.

Neue Herausforderungen ergeben sich durch die begrüßenswerte Tatsache, dass das Land Schleswig-Holstein zu G9 zurückkehren möchte. Letzteres darf aber kein Sparmodell werden. DIE LINKE wird diesen Umstellungsprozess kritisch begleiten und dafür eintreten, dass trotzdem Gesamtschuleinrichtungen weiter ausgebaut und gefördert werden.

DIE LINKE fordert kleine Klassen mit je höchstens 25 Schülerinnen und Schülern, damit individuelle Betreuung und Förderung erst möglich wird, damit jedes Kind seine Fragen stellen kann, damit Lehrer und Lehrerinnen eine Chance haben, in unruhigen Klassen eine Lern- und Lehratmosphäre wieder herzustellen.

Zahlreiche Schulen im Kreis Pinneberg sind renovierungsbedürftig. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die betroffenen Gebäude zügig in einen angemessenen Zustand zu versetzen. Leere Kassen der



Kommunen dürfen keine Ausrede dafür sein, den Renovierungsstau zu verschleppen.

Ferner müssen ein kostenfreies Mittagessen, die Lernmittelfreiheit und die kostenlose Beförderung zu den Schulen gewährleistet werden. Schulpflicht, begründet auch eine Transportpflicht und Grundversorgung der Kinder und Jugendlichen!

Im Kreis Pinneberg entstehen immer mehr Privatschulen, in die Eltern ihre Kinder schicken, weil ihnen das staatliche Schulsystem nicht gut genug ist. Jedoch werden 85 % der Kosten

weiterhin vom Staat getragen, größtenteils von Ländern und Kommunen. Gelder, die der Finanzierung der öffentlichen Schulen fehlen. DIE LINKE fordert deshalb: Keine Neugründung von Privatschulen im Kreis Pinneberg.

Wir Linken setzen uns zudem für eine bedarfsgerechte, flächendeckende Ganztagsbetreuung in Kitas, Krippen und Schulen ein. Dazu sollte der Kreis für alle Schulen im Kreis Pinneberg den Ausbau zur inklusiven Ganztagschule vorantreiben.

Eine kostenlose Ganztagsbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung für den Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler und garantiert zudem für die Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch verlässliche Betreuungszeiten. Die Linke fordert für diesen Ausbau Ganztagsangebote von hoher Unterrichtsqualität, individueller Förderung und pädagogischer Betreuung für alle Kinder. Die Bildungsausgaben müssen dafür deutlich erhöht und mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie weitere pädagogische Fachkräfte eingestellt werden. Das Personal für die Ganztagsbetreuung soll sozialver-

sicherungspflichtig und unbefristet beschäftigt sowie nach Tarif bezahlt werden. Sie müssen ein gleichberechtigter Teil des Kollegiums sein und möglichst einen Vollzeitvertrag haben. Dies soll auch für die Schulbegleitung gelten, die Kindern mit Einschränkungen zur Verfügung steht. Denn nur durch konsequentes Eintreten für inklusive Ganztagschulen, Kitas und Krippen entstehen Einrichtungen der Zukunft, die herkunftsbedingte Unterschiede und die damit einhergehenden sozialen Ungleichheiten ausgleichen können.

Eine besondere Herausforderung stellt die zu unserem Kreis gehörende, einzige deutsche Hochseeinsel Helgoland dar. Auch dort ist unser Ziel eine Schule für alle, mit der Möglichkeit, mit der Hochschulreife abzuschließen. Fernunterricht via Internet und Webcam sind eine vorstellbare Option. Dies kann mit anderen Inseln und Halligen der Schleswig-Holsteinischen Nordseeküste gemeinsam realisiert werden. Bis dahin werden wir uns dafür einsetzen, dass Kreis und Land ihrer Verpflichtung, gleiche Bildungschancen für alle zu gewährleisten, dadurch nachkommen, dass die Kosten für ggf. notwendige Unterbringung auf dem Festland übernommen werden.

Für den Ausbau von Krippen und Kitas

Es gibt weder genügend Kita- noch Krippenplätze. Kindertageseinrichtungen unterstützen die Entwicklung der Kinder zu selbstbewussten und rücksichtsvollen Menschen. Und sie können den Eltern eine verlässliche Erziehungspartnerschaft bieten. Kindertageseinrichtungen wirken familienstützend und sind zudem ein wichtiger Baustein für die Umsetzung von Chancengleichheit im Bildungssystem.

Seit einigen Jahren gibt es einen Rechtsanspruch aller ein- bis dreijährigen Kinder auf einen Krippenplatz. Allerdings hinken Länder und Kommunen mit der Bereitstellung der Plätze hinterher und die Kosten dafür sind im Kreis Pinneberg so hoch, dass Familien finanziell sehr stark belastet werden. Die LINKE fordert ein ausreichendes und kostenfreies Angebot von Krippenplätzen!

Für bessere Jugendarbeit

DIE LINKE stellt fest, dass Einrichtungen für Kinder und Jugendliche heute überwiegend unter

dem Gesichtspunkt der Kosten betrachtet werden. Die Einsicht, dass solche Einrichtungen notwendig sind, beschränkt sich auf die Gewährung und Förderung des Allernötigsten. Der Nutzen wird zur unwichtigen Nebensache. Unzähliges ist dem Rotstift zum Opfer gefallen, neue Ideen werden leicht zum Scheitern verurteilt, weil sie angeblich nicht bezahlbar sind.

Die Einsicht, dass Investitionen in unsere Kinder und Jugendlichen Investitionen in die Zukunft sind, ist vielfach kurzfristigen, finanzpolitischen Erwägungen zum Opfer gefallen. Das langfristige Risiko, welches sich dahinter verbirgt, wird außer Acht gelassen. DIE LINKE steht für langfristige, nachhaltige Projekte für und mit Jugendlichen, um den sozialen Problemen von morgen schon heute vorzubeugen.

Das Umfeld von Kindern und Jugendlichen wird zunehmend für viele von ihnen durch Einschränkungen ihrer Lebensbedingungen, Ausgrenzung und fehlende Chancengleichheit bestimmt, Freiräume sind für viele ein unerreichbares Privileg geworden.

Erziehungscamps, härtere Strafen oder gar Kinderknäste sind die falsche Antwort auf Jugendgewalt. Denn zu den Ursachen jugendlicher Gewalt gehören für DIE LINKE vor allem die sozialen Missstände – gefördert durch massiven Sozialabbau in Kommunen, auf Landesebene und im Bund.

Kürzungen der Etats für Soziales und Jugend, fehlende Integration, ein ausgrenzendes Bildungssystem und die Situation auf dem Arbeitsmarkt schränken besonders Jugendliche aus prekären Verhältnissen ein.

Wir fordern deshalb eine Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik, die auch diesen Jugendlichen eine Chance für die Zukunft gibt.

DIE LINKE fordert eine verstärkte Jugendarbeit der Öffentlichen Hand, eine Unterstützung der freien und offenen Jugendarbeit. Denn: Jeder Euro, den wir heute in die Jugendarbeit stecken, ist eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft.

Ökologie und Nachhaltigkeit

Für eine umweltschonende Entwicklung von Städten und Gemeinden!

Klimawandel und weltweite Umweltzerstörung erfordern globales Handeln. Ohne weltweiten Verzicht auf fossile Brennstoffe werden wir langfristig unsere Küsten nicht schützen können. Das bedeutet aber nicht, vor Ort auf Entscheidungen zum Schutz unserer Umwelt oder gegen den Klimawandel zu verzichten. Jede Gemeinde kann Entscheidungen fällen, die unsere Umwelt schützen, jede und jeder von uns kann den privaten Verbrauch von umweltschädlichen Stoffen senken. Wenn viele Gemeinden ihre Fahrzeugflotten auf Elektrofahrzeuge und erneuerbare Energien umstellen, senkt dies nicht nur sofort den Verbrauch fossiler Brennstoffe und die Luftverschmutzung. Es ist auch ein Anreiz für die Industrie, umweltfreundlichere Fahrzeuge weiter zu entwickeln.

Für den Erhalt und Ausbau naturnaher Gebiete

Die Landschaft des Kreises Pinneberg ist für die hier lebenden und arbeitenden Menschen gleichermaßen Lebens- und Erholungsraum. DIE LINKE wird daher alle Maßnahmen unterstützen, die dem Erhalt und Ausbau naturnaher Gebiete dienen. Die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Naturparks werden wir ebenso unterstützen, wie Initiativen zur insektenfreundlichen Bepflanzung von brachliegenden öffentlichen Flächen oder geeigneten Dächern öffentlicher Gebäude.

DIE LINKE wird sich für Artenvielfalt einsetzen und entsprechende Initiativen unterstützen. Wir fordern den Kreis auf, für diesen Zweck öffentliche Flächen zur Verfügung zu stellen.

Glyphosat wird auf Initiative der LINKEN auf kreiseigenen bzw. vom Kreis genutzten Flächen nicht mehr eingesetzt werden. Dies ist ein Anfang, der auf weitere Pestizide und Herbizide ausgeweitet werden sollte. Soweit möglich sollte der Kreis alle landwirtschaftlichen und baumschulerischen Unternehmen unterstützen, die auf den Einsatz von Herbiziden und Pestiziden verzichten.

In der Klimapolitik muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Die Ausstattung mit energiesparenderen Lampen und Geräten, Überprüfung und Verbesserung der Wärmedämmung, Solarenergiegewinnung auf den Dächern öffent-



licher Gebäude, das sollten Selbstverständlichkeiten sein. DIE LINKE sieht den Verzicht auf fossile Brennstoffe und Atomenergie als Ziel für den Kreis und seine Gemeinden.

Die Elbvertiefung wird kommen. Naturschutzorganisationen sehen die Folgen für die Flora und Fauna in und an der Elbe kritisch. Mit Beginn der Elbvertiefungsmaßnahmen wird es Aufgabe des Kreises sein, sicherzustellen, dass die Folgekosten für Wasserschutz, Umwelt und die Anwohnerinnen und Anwohner von den Unternehmen getragen werden, die von

der Elbvertiefung profitieren.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass das Land den Deichschutz im Kreis nicht vernachlässigt und notwendige Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden.

DIE LINKE stellt sich gegen den weiteren Ausverkauf öffentlicher Flächen, dies gilt auch für Wälder, Wiesen und Wasserflächen.

DIE LINKE fordert ohne Wenn und Aber die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke. Die beabsichtigte Schließung des AKW Brokdorf im Jahr 2021 ist viel zu spät. Der Strom aus dem AKW Brokdorf behindert die Energiewende und damit das konsequente Umsteigen auf Erneuerbare Energien. Zudem zeigt das AKW Alterserscheinungen, die ein weiteres Betreiben stetig risikoreicher

macht. Ganz zu schweigen von der weiteren Produktion radioaktiven Mülls.

DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen von Kreis und Gemeinden gegen die geplante gigantische Müllverbrennungsanlage in Bützfleth/Stade. Solidarisch mit den Bürgerinitiativen aus Niedersachsen wollen wir zudem den Bau des Kohlekraftwerkes im Kreis Stade verhindern – wir lassen uns nicht die saubere Luft zum Atmen nehmen!

Weite Teile des Kreises Pinneberg wären von Fra-

cking betroffen. Wir halten Fracking für unverantwortlich. Mensch, Tier und Umwelt sind in Gefahr, für kurzfristigen Profit langfristig geschädigt zu werden. Noch immer ist Fracking nicht gesetzlich verboten. DIE LINKE unterstützt die Forderung des breiten Bündnisses „Volksinitiative Wasser“ durch Änderung des Landeswassergesetzes Fracking in Schleswig-Holstein zu verbieten.

Für den Kreis selbst fordern wir wirksame Maßnahmen, die zur Einsparung von Müll führen und eine Wiederverwertung unterstützen.

Infrastruktur und Verkehr

Mobilität für alle!

Die Verkehrspolitik muss weg von der einseitigen Förderung des Autos. Die Folgen sind Luftverschmutzung, Lärm und Zerschneidung der Landschaft. Im Interesse der Sicherheit der Autofahrerinnen und Autofahrer saniert der Kreis vorhandene Kreisstraßen, einen weiteren Ausbau unterstützen wir jedoch nicht.

Stattdessen setzt sich DIE LINKE für einen Ausbau und die Sanierung der Radwege ein. Wir fordern den Bau von Radschnellwegen, z.B. von Elmshorn über Tornesch, Pinneberg und Halstenbek nach Hamburg hinein, die gleichzeitig von Radlerinnen und Radlern mit und ohne E-Motor genutzt werden können. Mit einem schnellen Anschluss an das Hamburger Radwegenetz soll Radfahren verstärkt für Berufspendlerinnen und -pendlern attraktiv werden. Auch ist zu überlegen, auf welchen Busstrecken der Einsatz von Aufbauten zur Fahrradmitnahme an Bussen sinnvoll ist.

Für einen starken ÖPNV

DIE LINKE setzt sich für einen starken öffentlichen Nah- und Regionalverkehr ein. Das 3. Gleis zwischen Pinneberg und Elmshorn und der Ausbau des Regionalfahrplans sowie erhöhte Anzahl von Halten der Regionalexpressen auf der Strecke von und nach Hamburg sind Schlüsselemente einer besseren Versorgung des Kreises mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wesentlicher Teil des ÖPNV sind die Busse. Die Taktung der Linien und die Abstimmung der jeweiligen Fahrpläne aufeinander entscheiden über die Attraktivität. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, auch kleinere Orte ganzjährig über einen bedarfsgerechten ÖPNV anzubinden.

Im Kreis Pinneberg wurde deutschlandweit der erste Elektrobus betrieben. Wir wollen den konsequenten Ausbau alternativer Antriebssysteme unterstützen. Vorhandene Fahrzeuge sollten umgerüstet werden, wenn entsprechende Reparaturen anliegen. Auch die Umwandlung zu Hybridfahrzeugen ist denkbar. Und selbstverständlich dürfen nur Elektrofahrzeuge neu angeschafft werden.

Für Pendlerinnen und Pendler sind ausreichend kostenfreie Park & Ride-Parkplätze anzulegen. Dies gilt auch für ausreichend sicheren Parkraum für



Fahrräder.

Des Weiteren fordern wir vermehrt Ladestationen für E-Autos an den Park & Ride Parkplätzen sowie auch vor den kreiseigenen bzw. vom Kreis genutzten Gebäuden.

Der Kreis und die betroffenen Gemeinden müssen mit der Deutschen Bahn AG mit dem Ziel verhandeln, alle Bahnhöfe barrierefrei zu machen. Dazu gehören Orientierungshilfen für sehbehinderte Menschen ebenso wie Aufzüge für Menschen mit Bewegungseinschränkungen.

Dass Menschen im Rollstuhl nicht mit der Bahn von Elmshorn nach Pinneberg fahren können, weil die Treppen am Gleis 5 in Pinneberg ein unüberwindbares Hindernis sind, ist nicht hinnehmbar und muss dringend geändert werden.

Der öffentliche Nah- und Regionalverkehr muss attraktiver werden, auch durch eine neue Preisgestaltung. Die Tarife in Schleswig-Holstein sind mit die teuersten in Deutschland. Als ersten Schritt fordern wir, allen Kindern und Jugendlichen, Auszubildenden und Studierenden ein kostenfreies Ticket zu gewähren. Sie sollen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern auch ihre Freizeit frei gestalten können. Es geht um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ob im Sport, Kultur oder anderen Freizeitaktivitäten.

Wir schlagen die Durchführung eines Modellversuchs für einen fahrscheinlosen, also umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr, um weniger

Luftverschmutzung und Staus durch Reduzierung des Verkehrsaufkommens zu erreichen.

Inklusion

Alle Menschen sollen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Menschen mit Behinderung müssen sich nicht integrieren und in Vorhandenes einfügen. Im Gegenteil: Die Gesellschaft und die Umwelt müssen so gestaltet sein, dass alle Menschen gleichberechtigt leben können. Deshalb fängt „Barrierefreiheit“ im Kopf an.

Behindertenpolitik ist ein Querschnittsthema: Barrieren müssen im öffentlichen Nahverkehr, der Schule, in der Arbeitswelt, im Gesundheitssystem und in Kultureinrichtungen beseitigt werden. Inklusion verbessert die Lebensbedingungen für alle: Fahrstühle zu den Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen ihre Rechte besser zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern.

Die Förderung bestehender Wohn- und Werkstattprojekte, wie z.B. die der Lebenshilfe, bleibt unberührt.

Wir fordern:

- Das Trauerspiel um die Drostei muss beendet werden. Damit Behinderte ebenfalls das Kulturzentrum des Kreises nutzen können führt kein Weg an einem Aufzug vorbei.
- Die umfassende Barrierefreiheit in öffentlichen



Gebäuden (Toiletten, Induktionsschleifen für Hörbeeinträchtigte, Blindenleitsysteme) und im öffentlichen Nahverkehr.

- Die umfassende Barrierefreiheit in der öffentlichen Verwaltung bei Dokumenten und Formularen, Abfassung der Dokumente in leichter Sprache
- Mehr barrierefreie und preiswerte Wohnungen
- Mehr Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen

- Genügend Anlaufstellen für die immer grösser werdende Zahl der psychisch kranken Menschen schaffen, um ihnen in ihren mitunter lebensbedrohlichen Zeiten Halt und Unterstützung zu geben.

- Die Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließlich an Unternehmen, die tariflich bezahlte, barrierefreie Arbeitsplätze anbieten und tatsächlich besetzen.

Integration

Die LINKE fordert die volle juristische, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung aller hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Ziel unserer Politik ist es, die Eingliederung und ein selbstverantwortetes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu leisten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer einen wichtigen Beitrag. Deshalb tritt die LINKE dafür ein, dass diese Menschen endlich eine Aufwandsentschädigung für ihre wichtige ehrenamtliche Tätigkeit erhalten.

Wir möchten im Kreistag weiterhin für eine Kultur der Vielfalt und des kulturellen Austausches eintreten und entsprechende Initiativen wie beispielsweise das interkulturelle Theater „Dogus“ fördern.

Daher fordert die LINKE:

- dauerhafte Aufenthaltsperspektiven für Menschen mit Duldung
- gleichberechtigte gesundheit-



liche und materielle Versorgung

- schnellstmöglicher Zugang zu Sprach- und Integrationskursen
- uneingeschränkter Zugang zu Bildung durch den Ausbau der DaZ-Klassen
- Förderung von interkulturellen Projekten und Initiativen im Kreis

Digitalisierung

Digitale Spaltung überwinden, Netzinfrastruktur ausbauen

Die rasante Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien beginnt gesellschaftliche Bedingungen grundlegend zu verändern. Die Internet-Nutzung erlaubt es dem einzelnen Menschen nicht nur, auf eine vorher unbekannte Menge an Informationen zuzugreifen. Es ist ebenso möglich, Inhalte einem weltweiten Publikum zugänglich zu machen. Umso wichtiger ist die Bewahrung eines freien Internets ohne Zensur und mit festgeschriebener Netzneutralität.

In zahlreichen ländlichen Gebieten des Kreises ist das Internet hingegen kaum und nur mit unzumutbaren Verbindungsgeschwindigkeiten erreichbar. Dies führt zu einem Ausschluss von zeitgemäßen Formen der weltweiten Kommunikation und Information und ist Grund für Betriebe, sich nicht anzusiedeln. Eine Bündelung von Ressourcen und der flächendeckende Ausbau einer langfristig nutzbaren Breitband-Infrastruktur sind notwendig.

DIE LINKE will, dass allen Menschen der Zugang zum Netz ermöglicht wird, unabhängig von Einkommen und sozialem Status.

Investitionsmittel für den Ausbau von Breitbandversorgung im ländlichen Raum müssen bereitgestellt und den Gemeinden durch koordinierte Unterstützung ermöglicht werden, ihren Pflichten in diesem Bereich nachzukommen. Hierbei sind kommunale Eigenbetriebe und genossenschaftliche Modelle besonders zu fördern.

Grundsätzlich sollen ausschließlich Projekte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die dem Ziel einer flächendeckenden, zukunftsfesten und langfristig nutzbaren Breitbandversorgung mittels eines Glasfasernetzes bis in die Haushalte entsprechen. Die Unterstützung von Maßnahmen, besonders unterversorgte ländliche Räume Übergangsweise durch zeitgemäße Funkkommunikation an ein schnelleres Internet anzubinden, bleibt hiervon unbenommen.

Ein offenes und überwachungsfreies WLAN ist in allen öffentlichen Einrichtungen, öffentlichen Plät-



zen, in allen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie perspektivisch in allen Fahrzeugen und Haltestellen des ÖPNV einzurichten. Freifunk-Initiativen sollen unterstützt werden.

Datenschutz

Die widerrechtliche Erhebung, Speicherung und Weitergabe persönlicher Daten sowie ihre Zusammenführung zu Personenprofilen ist heute sehr weit verbreitet. Das betrifft die sensorgestützte Datenerhebung wie beispielsweise Geolokalisationsdienste ebenso wie die

massenhafte Erhebung und Analyse des Internetverkehrs. Staatliche Sicherheitseinrichtungen und privatwirtschaftliche Konzerne machen sich dies zunutze und sammeln enorme Datenmengen über die Nutzerinnen und Nutzer.

LINKE setzen sich für einen starken Datenschutz und für das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung ein. Dazu gehören eine datensparsame Erhebung, die nur zweckgebundene Verarbeitung sowie die auf das Minimum beschränkte Weitergabe von personenbezogenen Daten. Die Rechte des Einzelnen wollen wir dadurch stärken, dass grundsätzlich jeder über die Preisgabe und Verwendung persönlicher Daten nur selbst bestimmt. Wir wollen auch die datenintensive und flächendeckende Überwachung durch Geheimdienste und Technologiekonzerne beenden und den Datenschutz aktualisieren.

Um Privatsphäre im Internet unter der Bedingung des permanenten Datenflusses zu gewährleisten, ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nur mit einem Recht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in persönlicher Kommunikation realisierbar – ohne Hintertüren.

tenübertragung personenbezogener Daten, z.B. Verschlüsselung von E-Mails auf Grundlage von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung

- die Verhinderung von „WLAN-Überwachungen“ in den Innenstädten (die bereits in der Pinneberger Innenstadt versucht, aber erfolgreich verhindert wurde)
- keine anlasslose und massenhafte Videoüberwachung im öffentlichen Raum – dadurch werden nachweislich keine Straftaten verhindert und Gefahrengebiete verschieben sich nur
- eine kritische Begleitung sowie die weitere Einschränkung von s.g. „Sozialer Medien“, um massenhaften Datenmissbrauch vorzubeugen

Digitale Teilhabe

In der digitalen Welt gilt es, den Zugang zu Informationen zu verteidigen. LINKE fordern, dass Daten, die von Regierungen und Verwaltungen mit öffentlichen Geldern gesammelt und erstellt wurden, allen Menschen frei zugänglich gemacht werden. Die so geschaffenen „offenen Daten“ („OpenData“) können ein Beitrag zu einer Öffnung und Demokratisierung von Verwaltungen sein.

Dabei muss selbstverständlich der Datenschutz und das Urheberrecht berücksichtigt werden.

Für den Kreis Pinneberg fordern wir daher

- die Offenlegung aller verwaltungsbezogener Algorithmen, die personenbezogene Daten automatisiert verarbeiten, um versteckte Diskriminierung aufzudecken oder ihr vorzubeugen
- Erstellung eines OpenAntrag-Portals für Menschen im Kreis Pinneberg, um eine bürgernahe, barrierefreie Teilhabe und Mitgestaltung zu ermöglichen
- Förderung von Initiativen im digitalen Raum, um die Lebensumstände von Menschen im Kreis Pinneberg zu verbessern (zB Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten, Betreiben von Tauschbörsen und Internetseiten zur Förderung der Erinnerungskultur). Dies kann im Kreis zB durch finanzielle Zuwendungen, Beteiligungen, gezielte Ausschreibungen und Auslobung von Innovationspreisen geschehen.
- Umstellung auf prinzipiell papierlose Vorgänge in Verwaltung und Politik

Kommunale Haushalte

Für eine Stärkung der kommunalen Haushalte!

Die Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können! Deshalb muss grundsätzlich das Konnexitätsprinzip – wer bestellt muss auch zahlen – umgesetzt werden. Der kommunale Finanzausgleich muss auf solide Füße gestellt werden.

DIE LINKE fordert seit langem die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiter zu entwickeln. Alle selbstständigen Tätigkeiten sollen in Zukunft von der Gemeindegewerbesteuer erfasst werden. Dazu zählen auch die freien Berufe, wie Ärzte und Rechtsanwälte - immerhin nutzen auch sie die

kommunale Infrastruktur. Eine Ausnahme soll es jedoch für die Land- und Forstwirtschaft geben. Wir wollen die Gemeindegewerbesteuer sozial gerecht gestalten und deshalb soll es auch einen existenzsichernden und armutsfesten Freibetrag geben.

Stärkung demokratischer Rechte und Prinzipien

Für mehr und direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Vielen Entscheidungen im Kreistag und den Gemeinde- und Stadträten fehlt die Transparenz und die Möglichkeit zur Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger. Aber: Demokratie lebt von der Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen.

Deswegen fordern wir eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch offenere Information, Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide.

Die Mitwirkung an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes ermöglicht positive Erfahrungen mit Politik, die in der Gegenwart rar geworden sind.

DIE LINKE tritt ein für selbstbestimmtes Handeln anstatt von politischen Entscheidungen, die im Ergebnis zu oft nicht dem eigentlichen Willen der Wähler entsprechen.

DIE LINKE im Kreis Pinneberg hat sich zum Ziel gesetzt, Voraussetzungen und Strukturen zu schaffen, die jedem in unserem Kreis ermöglichen, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Lebens umfassend zu beteiligen.

Für „Gläserne Rathäuser und Parlamente“

Öffentliche Rechenschaftslegung von Verwaltung und Politik sowie eine Veränderung der Arbeitsweise der Verwaltung sind erforderlich. Wir stehen für das Prinzip „Gläserne Rathäuser und Parlamente“. Bürgerinnen und Bürger sollen vor allen wesentlichen Entscheidungen informiert werden. DIE LINKE wird mit ihnen diskutieren und sie in unsere Entscheidungsfindung einbeziehen.

Für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter

Noch ist längst nicht die Gleichberechtigung der



Geschlechter gewährleistet. Daher dürfen die Arbeitsmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten nicht eingeschränkt sondern müssen vielmehr besser unterstützt werden.

Die Gleichberechtigung ist zwar grundgesetzlich verankert und im Laufe der Jahre durch verschiedene Gesetze und Verordnungen geregelt, aber in der Praxis nur bedingt durchgesetzt.

DIE LINKE stellt fest, dass gerade im Erwerbsleben eine Gleich-

berechtigung nur ansatzweise der Fall ist. Frauen in leitenden Positionen sind die Ausnahme, Frauen als geringfügig Verdienende eher der Regelfall. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist immer noch nicht durchgesetzt. Und auch im privaten Bereich erfolgt die Aufgabenverteilung oft immer noch zu Lasten der Frauen.

DIE LINKE setzt sich in offenen Diskussionen mit Emanzipation und Gleichberechtigung auseinander. Ein gesellschaftlicher Prozess wie dieser lässt sich nicht ausschließlich in Gesetzesform durchsetzen, sondern muss in Debatten und fairem Austausch miteinander, freundschaftlich, respektvoll und tolerant, weitergehen, damit Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier, sondern auf den Straßen, in den Büros und in den Familien Realität wird.

Für einen toleranten Kreis Pinneberg - kein Raum für völkischen Nationalismus

Im Kreis Pinneberg leben Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern und Kulturen. Wir treten für ein offenes und solidarisches Miteinander ein. Deshalb bekämpfen wir jegliche Form von Menschenverachtung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Dem wieder zunehmenden Antisemitismus muss mit aller Entschiedenheit entgegen getreten werden. Das immer ungehemmtere Auftreten von Neonazis darf nicht hingenommen werden.

Grundlage des Gemeindeverfassungsrechtes ist dagegen die Verpflichtung der Gemeinden, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern – aller dort Lebenden, unabhängig von ihrer Herkunft.

Wir fordern Kreis, Städte und Gemeinden, Vereine und Verbände auf, aktiv zu werden, und antifaschistische Programme und Initiativen zu unterstützen. Werden anmeldungspflichtige Aktionen von Organisationen oder Aktivisten der extremen Rechten bei Kreis oder Kommunen angemeldet, soll die Öffentlichkeit davon informiert werden. Dann kann das Recht auf Gegenwehr ausgeübt werden.

Wir begrüßen, unterstützen und arbeiten mit in den verschiedenen Initiativen in unserem Kreis, von den Aktivitäten junger Antifaschisten, über die „Aktion Stolpersteine“, bis hin zu antifaschistischen Stadtrundgängen. Wir appellieren an alle demokratischen gesellschaftlichen Kräfte im Kreis Pinneberg, sich mit uns für das Verbot der NPD und anderer neofaschistischen Organisationen einzusetzen. Denn Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen!

Antifaschistisch orientiertes kommunalpolitisches Handeln heißt u. a.:

- Jährlich die Prämierung der besten Projekte gegen Rechtsextremismus durch den Kreispräsidenten und die Bürgermeister*innen. Ein Preis für Zivilcourage wird von Städten und Gemeinden ausgelobt. Die entsprechenden Finanzmittel werden bereitgestellt.
- Antirassistische Kampagnen an den Schulen unter Nutzung vorhandener Strukturen (z.B. „Aktion Noteingang“ und „Schule ohne Rassismus“) und finanzieller Mittel der EU, der Bundes- und Landesregierung.
- Archivierung und öffentliche Dokumentation der Nachlässe der Opfer des Faschismus, zur Förderung der Regionalforschung.
- Faschistischen Parteien und Organisationen dürfen keine öffentlichen Räumlichkeiten oder andere öffentliche Plätze zur Verfügung gestellt werden. Erfolgreich gerichtlich durchgesetzte Verbote

sollen für einen interkommunalen Erfahrungsaustausch ausgewertet werden.

- Gedenkstätten, Informationstafeln, Straßenumbenennungen sollen der Opfer des Faschismus gedenken, den antifaschistischen Widerstand würdigen, an die Geschichte erinnern und einen antifaschistischen Dialog in der Gegenwart fördern. Sie verbinden Geschichte mit dem kommunalen Leben und der Alltagskultur.
- Der Kreis und die Kommunen müssen es als eine öffentliche Aufgabe betrachten, mit den christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und muslimischen Glaubensgemeinschaften Gespräche mit dem Ziel führen, den interkonfessionellen, interkulturellen Dialog zu intensivieren.
- Kommunale Anstrengungen für eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und Migrant:innenpolitik sind zu verstärken. Die Abschiebep Praxis muss beendet werden. Im Kreis und in den Städten fordern wir Migrant:innenbeiräte und Ausländerbeauftragte als Interessenvertretung. Zur Integration gehören auch Maßnahmen wie unentgeltliche Sprachkurse für Erwachsene wie Kinder. Auch jugendliche Migrant:innen müssen einen Ausbildungsplatz erhalten können.
- Die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien sind durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umgesetzt worden. Da betroffene Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Ansprech- und Beratungsstelle brauchen, fordert DIE LINKE die Schaffung einer für das ganze Kreisgebiet zuständigen Antidiskriminierungsstelle.

Bundeswehr raus aus Schulen, Kitas und Arbeitsagentur

Wir verstehen uns als Friedenspartei, die sich gegen Militarisierung der Gesellschaft, Interventions- und Rüstungspolitik engagiert. Als Teil der lokalen, nationalen und internationalen Friedensbewegung richten wir uns gegen den sogenannten Krieg gegen den Terror, der nur neue Zerstörungen, Gewalt, Verzweiflung und Terror schafft. Wir lehnen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr ab und treten für alternative zivile Konfliktlösungsstrategien ein, die die Ursachen von Konflikten bearbeiten.

DIE LINKE fordert die vollständige Abschaffung der Wehrpflicht statt nur einer „Aussetzung“, welche jederzeit und schnell wieder rückgängig gemacht werden könnte. Eine Berufsarmee aus Freiwilligen setzt ein falsches Signal, dient ausschließlich für die Vorbereitung auf Auslandseinsätze, spart nur wenig Geld und verstößt gegen den Verfassungsauftrag der Bundeswehr.

Doch um für diese neue Berufsarmee zu rekrutieren, tauchen regelmäßig auch im Kreis Pinneberg Werber der Bundeswehr in den Arbeitsagenturen, bei Berufsmessen und in Schulen auf, um Schüler und Erwerbslose mit Ausbildung- bzw. Aufstiegsmöglichkeiten und einem „sicheren“ Arbeitsplatz bei der Bundeswehr zu locken. Aber: Soldat sein ist kein normaler Beruf.

Wir fordern den Kreistag auf, sich dafür einzusetzen, dass die zunehmenden Bundeswehrwerbeveranstaltungen in Schulen und Arbeitsagenturen umgehend eingestellt werden. Außerdem fordern

wir die drastische Kürzung des Rüstungsetats, um mit den frei werdenden Mitteln z.B. normale Ausbildungsplätze zu finanzieren.

Für ein Ende der Verherrlichung von NS-Kriegshelden, Schluss mit Verherrlichung des Krieges

Es ist ein Skandal, dass die Kaserne der Bundesluftwaffe in Appen immer noch nach dem Hauptmann der faschistischen Luftwaffe und Ritterkreuzträger Hans Joachim Marseille benannt ist. Diese Heroisierung im Geist des Militarismus gehört beendet. Die Kaserne muss einen Namen erhalten, der in einer demokratischen Tradition steht.

DIE LINKE unterstützt die Initiative zur Neugestaltung des Kriegsdenkmals am Bahnhof Pinneberg. Dem 1938 errichteten Denkmal soll ein begleitendes Denkmal zur Seite gestellt werden, das der Kriegsverherrlichung entgegenwirkt.

Gemeinsam können wir viel erreichen!

Die Durchsetzung politischer Vorstellungen ist immer eine Frage des Kräfteverhältnisses. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, sich für ihre Interessen engagieren und die außerparlamentarischen Bewegungen unterstützen. DIE LINKE kann in ihnen und mit ihnen für eine andere politische Weichenstellung eintreten, und DIE LINKE kann ihnen eine parlamentarische Stimme verleihen.

Wir wissen, dass manche unserer Politikvorschläge im Kreistag letztendlich nur dann durchsetzbar werden, wenn viele Menschen aus dem Kreis Pinneberg sich gemeinsam für ihre Interessen engagieren und aktiv die außerparlamentarischen Bewegungen unterstützen.

Bevor es gelingt, den notwendigen grundlegenden politischen Richtungswechsel in EU, Bund und Land durchzusetzen, kann so schon auf kommunaler Ebene im Interesse der Menschen Vieles verändert werden. Packen wir's an!

Mitmachen und einmischen!

Mach was du schon immer machen wolltest:
Tritt ein für einen Politikwechsel!
Mach mit bei der LINKEN. Melde Dich!
kontakt@linke-pinneberg.de

Im Internet findet Ihr uns hier:
www.linke-pinneberg.de



Sozial gerecht!

**Ökologisch
konsequent!**

Unbestechlich!

**6. Mai
deine Stimme
entscheidet!**

DIE LINKE.

KREISVERBAND PINNEBERG